

SECRET
SECURITY INFORMATION

Return to CIA Library
25X1A

German Democratic Republic

FDD Abstract

GDR INFORMATION BULLETIN ON REPARATIONS TO THE USSR (10 pp; German; [REDACTED])

25X1A

25X1X

This 10-page photostated document consists of 3 issues of Mitteilungen (Information Bulletins) issued by the GDR Reparations Office in August, September, and October 1950.

The main subject of the August Bulletin is the first administrative regulation of 28 July 1950 to the "Order on Performance of Reparations Shipments of 9 February 1950." It is designed to insure deliveries of materials to producers of reparations goods through the establishment of new order procedures, the end purpose being to insure shipment of reparations goods by the designated delivery dates. For example, the regulations specify that: Producer plants are obliged to request bids from appropriate subcontractors and suppliers at the time when they submit their own bids for reparations orders; if a producer plant receives a reparations order it is obliged to conclude delivery contracts promptly with the respective subcontractors and suppliers; the delivery contracts must contain all shipping conditions, target dates, payment and acceptance conditions, and penalty provisions in case of late shipments; materials supply must be provided for in the delivery contracts with subcontractors; etc. ---- Section II of the Bulletin points out that in contracts with subcontractors and suppliers provisions should be included to cover the guarantee obligations for reparations goods. ---- Section III deals with transportation. One of the regulations states that a group of transportation police must accompany all reparations shipments from and to Berlin and those routed by way of the marshalling yards in Berlin-Rummelsberg. ---- Section IV deals with prices and financial matters, Section V with reports. ---- Section VI announces that economic penal procedures were instituted against 6 suppliers of reparations goods, four of which are obviously people-owned enterprises, because they violated the regulation on confirmation of reparations orders.

The September bulletin provides additional and explanatory information on the first administrative regulation mentioned above.

The October bulletin contains the second regulation to the Order on Performance of Reparations shipments. Section I furnishes general information; e.g. financing of and payment for reparations shipments can be undertaken only if there are GDR reparations orders signed by the director of the Reparations Office and with the official seal affixed; deliveries and services under reparations orders must be charged on the basis of settlement and order prices; etc. ---- Section II deals with credits for reparations orders. ---- Section III discusses settlement with producer enterprises. ---- Section IV states the preconditions for settlement of reparations shipments (settlement prices). Section V supplies information on responsibility for reparations shipments. ---- Section VI gives some details on transportation insurance. Section VII regulates compensation in case of cancellation of such orders. ---- Section VIII fixes the effective date of the second regulation as 5 October 1950.

25X1A

[Foreign language document or microfilm of it [REDACTED] is available from CIA Library [REDACTED]]

25X1A

25X1A

SECRET

25X1A

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
AMT FÜR REPARATIONEN

Berlin, Aug

25X1A

Vertrauliche Dienstsache!

Verfasser:

25X1A

Mitteilungen

25X1A

in Reparationsangelegenheiten

Nr. 5/50

Die Sicherung der Zu- und Unterlieferungen an die Herstellerbetriebe von Reparationsgütern bedingt eine Neuordnung des Auftragsverfahrens auf diesem Gebiete, die mit Erlass der Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. Juli 1950 zur „Verordnung zur Durchführung der Reparationslieferungen“ vom 9. Februar 1950 vorgenommen wurde.
Die Durchführungsbestimmung wurde im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Nr. 84 vom 5. August 1950 veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut:

I. Erste Durchführungsbestimmung zu der „Verordnung zur Durchführung der Reparationslieferungen“ vom 28. Juli 1950.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 der Verordnung vom 9. Februar 1950 zur Durchführung der Reparationslieferungen (GBl. S. 85), ergänzt durch Bekanntmachung vom 13. Juli 1950 (GBl. S. 680), wird im Interesse der termin- und qualitätsmäßigen Sicherstellung der Durchführung der Reparationsverpflichtungen der Deutschen Demokratischen Republik zu § 1 der vorgenannten Verordnung folgendes bestimmt:

25X1A

§ 1

Die Herstellerbetriebe sind verpflichtet, im gleichen Zeitpunkt, in dem sie zur Abgabe eines Angebots für einen Reparationsauftrag aufgefordert werden, sich mit den in Frage kommenden Unterlieferanten und Zulieferanten in Verbindung zu setzen und von diesen entsprechende Angebote anzufordern.

25X1A

§ 2

- (1) Erhält der Herstellerbetrieb einen Reparationsauftrag, so ist er verpflichtet, unverzüglich mit den in Frage kommenden Unterlieferanten und Zulieferanten einen Liefervertrag abzuschließen.
- (2) In diesem Liefervertrag müssen die technischen Bedingungen, die Lieferfristen, Zahlungs-, Abnahmebedingungen und die Strafbestimmungen bei Lieferverzug konkret festgelegt werden. Außerdem muß im Liefervertrag die Materialversorgung der Unterlieferanten geregelt werden.
- (3) Der Abschluß des Liefervertrages zwischen dem Herstellerbetrieb und den Unterlieferanten gilt als Pflicht im Sinne der Verordnung vom 9. Februar 1950.

25X1A

§ 3

- (1) Die Kontrolle und die Sicherung der Durchführung der Lieferverträge mit den Unterlieferanten und Zulieferanten erfolgen durch die Herstellerbetriebe.
- (2) Die Überwachung der Vertragsabschlüsse der Herstellerbetriebe mit den Unter- und Zulieferanten wird von der Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung durchgeführt, sofern der Leiter des Amtes für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik nicht anders entscheidet.
- (3) Zu diesem Zweck übersenden die Herstellerbetriebe nach Abschluß der Lieferverträge der Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung eine Aufstellung aller mit den Unterlieferanten abgeschlossenen Verträge mit Angabe der jeweils festgelegten Termine.

Ske

§ 4

(1) In den besonderen Fällen, wo die Unterlieferungen und Zulieferungen von entscheidender Bedeutung für den Reparationsauftrag sind oder wo durch den Abschluß der Lieferverträge der reibungslose Ablauf der Unter- und Zulieferungen noch nicht gesichert ist, schreiben die Herstellerbetriebe Unterlieferantenaufträge (UR-Aufträge) aus.

(2) Die Herstellerbetriebe beantragen hierzu die Formulare der Unterlieferantenaufträge beim Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik.

(3) Liegen keine Anträge der Herstellerbetriebe vor, so kann das Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik in besonderen Fällen die Herstellerbetriebe anweisen, entsprechende Unterlieferantenaufträge auszuschreiben.

(4) Die Herstellerbetriebe sind verpflichtet, ihre Unterlieferanten darauf hinzuweisen, daß sämtliche Zu- und Unterlieferungen entsprechend der Verordnung vom 9. Februar 1950 als Pflichtaufträge zu behandeln sind.

§ 5

(1) Die Kontrolle und Sicherung der Durchführung der ausgeschriebenen Unterlieferantenaufträge erfolgen durch die Herstellerbetriebe.

(2) Die Überwachung der Ausschreibung von Unterlieferantenaufträgen wird durch die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung durchgeführt, sofern der Leiter des Amtes für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik nicht anders entscheidet.

(3) In den im § 4 Abs. 1 angeführten Fällen reichen die Herstellerbetriebe innerhalb von 18 Tagen nach Absendung der Unterlieferantenaufträge ein Exemplar des abgeschlossenen Liefervertrages an die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung ein.

§ 6

Die Materialversorgung für die Unterlieferanten, die mit dem Herstellerbetrieb einen Liefervertrag abgeschlossen haben bzw. die vom Herstellerbetrieb einen Unterlieferantenauftrag bekommen haben, erfolgt durch den Herstellerbetrieb zu den im Liefervertrag vorgesehenen Bedingungen.

§ 7

(1) Jeder Unterlieferantenauftrag erhält nach der im Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik festgelegten Ordnung eine Nummer, die im Liefervertrag und im Schriftwechsel mit Dienststellen und Betrieben anzugeben ist.

(2) Der Unterlieferantenauftrag wird in 6 Exemplaren ausgeschrieben. Davon erhält jeweils 1 Ausfertigung

des Unterlieferant,
der Herstellerbetrieb des Reparationsauftrages,
die für den Unterlieferanten zuständige Vereinigung,
die Hauptabteilung Reparationen der Landesregierung.

Das Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik erhält 2 Ausfertigungen.

(3) Der Unterlieferant ist verpflichtet, den Empfang der Unterlieferantenaufträge innerhalb von 5 Tagen nach dem Empfang auf den dem Unterlieferantenauftrag beigefügten Empfangsbestätigungen in 3 Exemplaren zu bescheinigen. Die Unterlieferanten übersenden jeweils 1 Exemplar der Empfangsbestätigung an den Herstellerbetrieb, 2 Exemplare erhält die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung, die 1 Exemplar an das Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik weiterleitet.

§ 8

Betriebe, denen ein Unterlieferantenauftrag erteilt worden ist, berichten am 25. eines jeden Monats auf dem dafür vorgesehenen Formblatt UR 15 über den Stand der Durchführung des Auftrages in doppelter Ausfertigung und senden dieses an die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung, die ein Exemplar an das Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik weiterleitet.

§ 9

Alle Verordnungen, Bestimmungen und Anweisungen bezüglich der Behandlung der Reparationsaufträge, wie z.B. vorrangige Berücksichtigung bei der Materialversorgung, Zurverfügungstellung von Transportraum u. ä., sind für die Unterlieferantenaufträge entsprechend anzuwenden.

§ 10

(1) Überschreitungen der Termine, mangelhafte Qualität oder Nichteinhaltung anderer in den Lieferverträgen festgelegten Bedingungen gelten als Verstoß gegen diese Durchführungsbestimmung und sind dem Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik direkt zu melden.

25X1A

(2) Wenn der Herstellerbetrieb dem Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik keine Verstöße der Unterlieferanten gemeldet hat, werden nachträgliche Erklärungen über Lieferverzögerungen durch mangelhafte Zu- oder Unterlieferungen vom Amt für Reparationen der Deutschen Demokratischen Republik nicht berücksichtigt.

(3) Handlungen und Unterlassungen, die dazu beitragen können, die abgeschlossenen Lieferverträge und die Erfüllung der Unterlieferantenaufträge zu gefährden, werden nach § 5 der Verordnung vom 9. Februar 1950 in Verbindung mit § 9 Abs. 3 Ziffer 2 der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948 (ZVOB. S. 439) bestraft, soweit nicht nach anderen Strafbestimmungen eine härtere Strafe verwirkt ist.

§ 11

Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. August 1950 in Kraft.
Berlin, den 28. Juli 1950

Amt für Reparationen
Weinberger
Leiter

II. Auftragsbearbeitung.

1. Gültigkeit der Garantieverpflichtungen für Unter- und Zulieferanten

Rückfragen einiger Herstellerbetriebe geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die in § 5 der „Allgemeinen Lieferbedingungen für die Herstellerbetriebe von Reparationswaren“ festgelegten Garantieverpflichtungen auch für die Unter- und Zulieferanten gegenüber den Herstellerbetrieben Gültigkeit haben. Es liegt daher im Interesse jedes Herstellerbetriebes, im Liefervertrag mit dem Unter- oder Zulieferanten entsprechende Verpflichtungen aufzunehmen.

2. Anwendung der Konventionalstrafen auch bei Nichteinhalten der Liefertermine für Nach- bzw. Ersatzlieferungen

Gemäß den „Mitteilungen in Reparationsangelegenheiten Nr. 1/50“, Ziffer 10, sind Nach- bzw. Ersatzlieferungen auf Grund von Reklamationen wie Reparationsaufträge zu behandeln.

Die „Allgemeinen Lieferbedingungen für die Herstellerbetriebe von Reparationswaren“ haben daher auch für diese Lieferungen Gültigkeit. Bei Terminüberschreitungen erfolgt in diesen Fällen daher ebenfalls eine Belegung mit Konventionalstrafen.

3. Neufestsetzung von Terminen bei der Übersetzung von Reparationsaufträgen

In Abänderung der in Abschnitt I Ziffer 4 der „Mitteilung in Reparationsangelegenheiten Nr. 1/50“ getroffenen Regelung wird die Frist für die Übersetzung der Reparationsaufträge auf 10 Tage nach Eingang beim Herstellerbetrieb festgesetzt.

Im Falle von Überschreitungen der Frist werden die Herstellerbetriebe zur Rechenschaft gezogen.

III. Transport.

1. Behandlung der Transportanweisungen

Auf den Transportanweisungen ist neben dem Bruttogewicht der Auftragswert der mit der angegebenen Genehmigung zum Versand freigegebenen Ware zu vermerken. Das Exemplar U 88 b der Transportanweisung, das bisher zusammen mit der Genehmigung der Reparationsabteilung der Landesregierung zugestellt wurde, ist jetzt zusammen mit den beiden für die Derutra bestimmten Exemplaren und mit einer Ausfertigung der Genehmigung an die zuständige Derutra-Niederlassung zu senden. Die Derutra-Niederlassungen vermerken auf diesem Exemplar der Transportanweisung das Eingangsdatum und senden diese Ausfertigung der Transportanweisung zusammen mit der Genehmigung über die Derutrazentrale an das Amt für Reparationen in Berlin.

Der zuständigen Reparationsabteilung der Landesregierung ist das Exemplar U 88 d zu dem gleichen Termin zu übermitteln wie die anderen Exemplare an die Derutra-Niederlassung. Den Herstellerbetrieben wird empfohlen, für sich einen Durchdruck auf neutralem Papier anzufertigen. Bei Neudruck wird der Vordruck 6fach angefertigt werden.

2. Vorschriften für Begleiddokumente bei Reparationstransporten von und über Berlin

Sendungen von, nach und durch Berlin unterliegen den Bestimmungen zum Schutze des innerdeutschen Handels und müssen mit einem entsprechenden Begleitschein versehen sein. Für Reparationslieferungen sind dagegen keine Begleitscheine auszustellen. Die für Reparationstransporte vorgeschriebenen Begleiddokumente und der Stempel „Reparationen“ auf dem Frachtbrief weisen diese Transporte als Reparationslieferungen aus. Die Reparationstransporte von und nach Berlin und über den Sammelbahnhof Berlin-Rummelsburg müssen von einem Kommando der Volkspolizei — Transport — begleitet werden. Waggons mit Dachzügen werden von festgelegten Punkten vor Berlin mit Begleitkommandos zum Sammelbahnhof versehen.

25X1A

25X1X

1. Fortfall der telegrafischen Meldungen nach U 40

Die telegrafischen Meldungen des Versandes nach Vordruck U 40 werden nicht mehr benötigt. U 40 ist nur noch der Warenrechnung beizufügen.

IV. Preise und Finanzen.

1. Klarstellung der Abrechnung von Transportkosten

Zur Beseitigung bestehender Zweifel bei einigen Herstellerbetrieben machen wir auf folgendes aufmerksam:

Aus den Transportanweisungen sowie den Versandanzeigen U 40 muß eindeutig zu erkennen sein, bis zu welchem Punkt das Lieferwerk auf Grund der Lieferbedingungen und der Preisanordnungen die Transportkosten trägt. Eine unterschiedliche Ausfertigung beider Formulare darf deshalb nicht erfolgen.

V. Berichterstattung.

1. Eintragungen auf Genehmigungsdokumente

- Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der in den Genehmigungsdokumenten eingesetzte „Wert“ nach dem Auftragswert angegeben werden muß.
- Ab sofort ist die Eintragung der Planpositionsnummer auf dem Genehmigungsdokument in der oberen linken Ecke vorzunehmen.
- Nummer und Datum der dazugehörigen Transportanweisung sind auf den Genehmigungsdokumenten gleichfalls einzutragen.

2. Planpositionsnummern auf Berichtsblätter U 15

Die Nummer der Planposition (P.P.), die auf der ersten Seite des den Herstellerbetrieben übersandten Originalauftrages in russischer Sprache vermerkt ist, muß bei der Ausstellung des Berichtsblattes in das dafür vorgesehene Feld eingetragen werden.

VI. Allgemeines.

1. Einleitung von Wirtschaftsstrafverfahren wegen Verstoß gegen die festgelegte Ordnung der Bestätigung der Reparationsaufträge

Unter anderem wurde gegen folgende Herstellerbetriebe auf Grund des § 3 der „Verordnung zur Durchführung der Reparationslieferungen vom 9. Februar 1950“ ein Wirtschaftsstrafverfahren eingeleitet, weil diese trotz wiederholter Aufforderung die in den „Mitteilungen in Reparationsangelegenheiten Nr. 1/50“ festgelegte Ordnung der Bestätigung der Reparationsaufträge nicht befolgt haben:

Topf-Werke VEB (Z)
Nagema
Erfurt

Wilhelm Liebermann
Maschinenfabrik
Burg bei Magdeburg

Schär- und Spulmaschinenbau VEB (Z)
Textima
Kändler bei Limbach

Koch, Bantelmann & Paasch
Maschinenfabrik und Eisengießerei
Magdeburg-Buckau

Waggonbau - Werdau VEB (Z)
LOWA
Werdau

Verpackungs- und Schokoladenmaschinenfabrik
(früher Max Lösch) VEB (Z)
Nagema
Dresden A 27.

2. Ausstellungsdaten der Genehmigungen

Bei einer Anzahl von Herstellerbetrieben wurden falsche Daten bei der Ausstellung des Dokumentes „Genehmigung“ festgestellt, wodurch eine termingemäße Erfüllung der Reparationsaufträge vergetäuscht werden sollte.

Die Untersuchung hierüber ist noch nicht abgeschlossen. Für den Fall der erwiesenen betrügerischen Absicht wird auch gegen diese Herstellerbetriebe ein Wirtschaftsstrafverfahren eingeleitet werden.

Amt für Reparationen
Der stellvertretende Leiter
Schober

25X1A

25X1A

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
AMT FÜR REPARATIONEN

Berlin, September 1950

Vertrauliche Dienstsache!

Mitteilungen

in Reparationsangelegenheiten

Nr. 6/50

I. Erläuterung zur Ersten Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Durchführung von Reparationslieferungen vom 28. Juli 1950

1. Zur Klarstellung und Ergänzung der im Gesetzblatt Nr. 84 enthaltenen Ersten Durchführungsbestimmung zu der VO zur Durchführung der Reparationslieferungen vom 28. Juli 1950 ist nach § 6 dieser Bestimmung so zu verfahren, daß bei Unterlieferungen der Unterlieferant, soweit die herzustellenden Waren innerhalb seiner Planaufgabe liegen, die Materialgestellung von sich vorzunehmen hat. In allen anderen Fällen erfolgt die Materialversorgung nach den im Liefervertrag zwischen Hersteller und Unterlieferant festgelegten Bedingungen.
2. Wenn die Herstellerbetriebe eines Landes der Deutschen Demokratischen Republik UR-Aufträge an Unterlieferanten in einem anderen Lande der Deutschen Demokratischen Republik erteilen, dann ist das für die Landesregierung bestimmte Exemplar des UR-Auftrages in jedem Falle vom Herstellerbetrieb an die für ihn zuständige Landesregierung einzureichen.

II. Transport

1. Transportbedarfsanmeldeverfahren

Das Transportbedarfs-Anmeldeverfahren wird mit Wirkung vom 1. November 1950 neu geregelt. Danach hat jeder Betrieb seinen gesamten Transportraumbedarf, einschließlich der Transporte für Reparationsaufträge, auf den vorgeschriebenen Formblättern anzumelden. Nicht termingemäß angemeldeter Bedarf kann nicht gedeckt werden. Die Anmeldungen zum Transportplan müssen deshalb sorgfältig vorgenommen werden. Die Anmeldung des Transportbedarfs für Reparationslieferungen im Formblatt U 15 bleibt nach wie vor bestehen, um die bevorzugte Gestellung von Laderaum für Reparationslieferungen zu sichern.

2. Frist für die Verladung der Reparationslieferungen

Zur Sicherung der termingemäßen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen wird die Frist für die Verladung der Reparationslieferungen auf drei Tage herabgesetzt. Die Frist beginnt mit dem der Ausstellung der Genehmigung folgenden Tage. Zur Einhaltung dieser Frist müssen die Betriebe erstens dafür sorgen, daß die Genehmigung erst ausgestellt wird, wenn die Ware wirklich versandbereit ist, zweitens müssen die Betriebe der Derutra die Transporte rechtzeitig anmelden. Wenn die benötigten Waggonen von der Bahn nicht zu den gemeldeten Terminen gestellt werden, ist sofort die Landesregierung zu verständigen.

3. Transportanweisungen

Zur Erleichterung bei Rückfragen ist bei allen Transportanweisungen der Unterschrift des Zeichnungsberechtigten auch der Name in Maschinenschrift hinzuzufügen. Bei Verladungen von anderen Werken als dem Aussteller der Transportanweisungen, ist in den Transportanweisungen bei dem Versandbahnhof auch der Name des verladenden Betriebes anzugeben.

III. Freise und Finanzen

Abtretung von Forderungen aus Warenrechnungen durch die Herstellerbetriebe

Für von den Herstellerbetrieben zur Sicherung von Krediten an die Banken abgetretene Forderungen über gelieferte Reparationswaren werden vom Amt für Reparationen Abtretungsbestätigungen nicht ausgestellt. Zessionen, Erklärungen dazu oder entsprechende Hinweise sind auf den Warenrechnungen nicht anzubringen.

25X1A

Da grundsätzlich die Bezahlung der Warenrechnungen über die Zentrale der für den Wohnsitz des Lieferanten zuständigen Deutschen Notenbank bzw. des Berliner Stadtkontors und für die SAG über die Zentrale der Garantie- und Kreditbank Berlin erfolgt, ist für die Banken eine Kontrolle der Zahlungseingänge und die Vereinnahmung der abgetretenen Forderungen gewährleistet.

IV. Berichterstattung

1. Bei nicht termingemäßer Einsendung der U 15-Berichte werden vom Amt für Reparationen bzw. von den Reparationsabteilungen der einzelnen Landesregierungen bei den zuständigen Industrieministerien gemäß § 5 der VO zur Durchführung der Reparationslieferungen vom 9. Februar 1950 in Verbindung mit § 9 der WSTVO Wirtschaftsstrafverfahren eingeleitet.
Das Verfahren für Wirtschaftsstrafsachen regelt sich nach der WSTVO vom 23. September 1948 (ZVOBl. S. 439) und ihrer 1. DVO vom 29. September 1948 (ZVOBl. S. 463) (Verfahren für Wirtschaftsstrafsachen).
2. An Stelle der in Fortfall gekommenen telegraphischen Verlademeldungen wird eine tägliche Information über die erfolgten Abnahmen notwendig.
Die Betriebe werden daher verpflichtet, jede getätigte Abnahme bzw. Übergabe-Übernahme sofort telegraphisch an die Hauptabteilung bzw. Abteilung für Reparationen der Landesregierung und in Berlin an das Amt für Reparationen beim Magistrat von Groß-Berlin zu melden.

Amt für Reparationen
Der Leiter
Weinberger

25X1A

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
AMT FÜR REPARATIONEN

Berlin, Oktober 1950

Vertrauliche Dienstsache!

Mitteilungen

in Reparationsangelegenheiten

Nr. 7/50

**2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 9. Februar 1950
zur Durchführung der Reparationslieferungen
(Finanzierung und Verrechnung der Reparationslieferungen)**

I. Allgemeines:

1. Die Finanzierung und Bezahlung von Reparationslieferungen und -leistungen erfolgt nur bei Vorliegen von Reparationsaufträgen der Deutschen Demokratischen Republik — Amt für Reparationen —, die vom Leiter des Amtes unterzeichnet und mit dem Dienstsiegel versehen sind.
2. Lieferungen und Leistungen, die auf Grund von Reparationsaufträgen durchgeführt werden, sind auf der Grundlage der Abrechnungs- und Auftragspreise zu berechnen. Die für den Auftraggeber günstigsten Rabattsätze sind — unter Berücksichtigung der auf die einzelnen Warensorten entfallenden Menge — im Rahmen des Gesamtauftrages in Abzug zu bringen.
3. Der an den Betrieb zu zahlende Abrechnungspreis im Sinne dieser Bestimmung ist der preisrechtlich zulässige und von der zuständigen Preisbehörde auf der Rechnung bestätigte Preis. Der Auftragspreis auf der Rechnung unterliegt nicht der Bestätigung durch die Preisbehörde und muß dem im Reparationsauftrag genannten Preis entsprechen. In den Rechnungen sind jedoch grundsätzlich der Auftragspreis und der Abrechnungspreis anzugeben, auch wenn diese übereinstimmen.
4. Soweit den Herstellerbetrieben nicht ein Franko-Preis vorgeschrieben ist, sind die Preise frei des für den Transport vorgesehenen Transportmittels einschl. oder zuzüglich seemäßiger Verpackung zu berechnen. Die Art der Preisstellung muß auf den Rechnungen vermerkt und von der zuständigen Preisbehörde bestätigt sein. Die gleichen Vermerke sind auf den Versandanzeigen (Formblatt) anzubringen. Zusätzliche Kosten, die durch Transporte von Waren zu einer Lagerstelle entstehen, dürfen nicht berechnet werden.

II. Kreditierung:

5. Zur Durchführung der Reparationsaufträge werden den Herstellerbetrieben Kredite eingeräumt und zwar:
 - a) für deutsche Betriebe durch die Filialen der Deutschen Notenbank des betreffenden Landes,
 - b) für Betriebe der sowjetischen staatlichen Aktiengesellschaften durch die Garantie- und Kreditbank.Die Gewährung von Krediten erfolgt nach den von der Deutschen Notenbank erlassenen Richtlinien „Die kurzfristige Kreditgewährung“ in der DDR. Auf Antrag des Amtes für Reparationen der DDR an das Ministerium der Finanzen der DDR kann in besonders begründeten Fällen auch dann ein Kredit gewährt werden, wenn es nach den Richtlinien über kurzfristige Kreditgewährung nicht möglich ist.
6. Die Kredite werden zu einem Zinssatz von 2% jährlich grundsätzlich bis zur Fertigstellung der Ware innerhalb des in dem Reparationsauftrag vorgesehenen Zeitraumes, längstens aber bis zu 30 Tagen nach Fertigstellung der Ware zur Verfügung gestellt. In Ausnahmefällen kann eine ohne Verschulden des Herstellerbetriebes entstandene Verzögerung der Verladung durch weitere Fristverlängerung berücksichtigt werden. Hierzu bedarf es der Zustimmung des Amtes für Reparationen der DDR. Voraussetzung für die Zinsverbilligung ist jedoch, daß der Reparationsauftrag vom Herstellerbetrieb mengenmäßig, qualitätsmäßig und fristgemäß ausgeführt wird.
7. Der Vorzugszinssatz darf von den Banken nur für die Kredite gewährt werden, die zur Durchführung eines Reparationsauftrages ausgereicht wurden. Die Banken haben darüber dem Amt für Reparationen über die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung monatliche Nachweisungen unter Angabe der Reparationsauftragsnummer und der Kreditnehmer einzureichen. Die Zinsdifferenzen werden den Banken vom Amt für Reparationen der DDR an Hand der bis zum 15. des Nachmonats einzureichenden Zinsstafeln monatlich erstattet.
8. Vom Ministerium der Finanzen der DDR sind periodisch bei den Banken Überprüfungen durchzuführen, ob die gewährten Zinsverbilligungen sich tatsächlich nur auf Kreditsummen beziehen, die zur Durchführung eines Reparationsauftrages in Anspruch genommen wurden.

III. Abrechnung mit den Herstellerbetrieben:

9. Zahlungen für Reparationslieferungen und -leistungen erfolgen durch das Amt für Reparationen der DDR. Grundlage dafür sind ordnungsgemäß auf vorgeschriebenem Formblatt ausgefertigte Rechnungen. Bei dem Versand der Ware an den Empfänger auf dem Seewege muß die Rechnung in 13-facher Ausfertigung, bei Versand der Ware auf dem Landwege in 12-facher Ausfertigung ausgeschrieben werden. Davon werden

- a) beim Versand auf dem Seewege 10 Exemplare,
b) beim Versand auf dem Landwege 9 Exemplare,
an den Spediteur zusammen mit der Ware übergeben. Ein Exemplar verbleibt bei dem Herstellerbetrieb. Zwei Exemplare sind für die Abrechnung bestimmt.
10. Die Übersendung dieser beiden Rechnungen durch die Herstellerbetriebe zum Zwecke der Bezahlung erfolgt über die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung an das Amt für Reparationen der DDR nach der Übergabe der Reparationswaren an den Spediteur des Amtes für Reparationen oder nach der Übergabe an Ort und Stelle an den sowjetischen Empfänger auf Grund eines Übernahme-Übergabe-Protokolls. Die Zweitschrift verbleibt bei der weiterleitenden Dienststelle. Die Verteilung von Rechnungsexemplaren an andere als auf den Rechnungsvordrucken vorgesehene Stellen ist nicht statthaft.
11. Die Hauptabteilungen für Reparationen der Landesregierungen haben die formelle, rechnerische und sachliche Richtigkeit dieser Rechnungen vor ihrer Weitergabe an das Amt für Reparationen der DDR zu prüfen und zu bestätigen und tragen dafür die volle Verantwortung. Die Weiterleitung an das Amt für Reparationen der DDR hat, gerechnet vom Eingangstage, innerhalb von 3 Arbeitstagen zu erfolgen.
Voraussetzung für die Weiterleitung der Rechnung durch die Landesregierungen an das Amt für Reparationen der DDR ist das Vorliegen der Preisunterlagen gemäß Punkt IV Ziffer 21.
12. Die Rechnungen der Herstellerbetriebe sind mit deren Stempel und rechtsgültiger Unterschrift zu versehen und dürfen nur vom Träger des Reparationsauftrages ausgestellt sein. Bei durchgeführtem Abtransport der Ware durch den Spediteur des Amtes für Reparationen der DDR müssen die Rechnungen mit dem Stempel des Speditors versehen sein. Ihnen muß darüber hinaus im Original beigefügt sein:
a) Die Versandanzeige auf vorgeschriebenem Formblatt,
b) das Prüfungsprotokoll mit Stempel und Unterschrift des Herstellerbetriebes,
c) die durch den Prüfungsinspekteur der Verwaltung für Reparationen der SKKD zum Zwecke der Verladung ausgestellte „Genehmigung“ bzw. „Mittellung“.
13. In den Fällen, in denen die Ware vom Beauftragten des Empfängers ohne Einschaltung des Speditors des Amtes für Reparationen der DDR am Ort der Herstellung übernommen wurde, ist den Rechnungen im Original beizufügen:
a) der „Übernahme-Übergabe-Akt“,
b) die Vollmacht der Verwaltung für Reparationen der SKKD, die zur unmittelbaren Übernahme der Ware ermächtigt,
c) das Prüfungsprotokoll mit Stempel und Unterschrift des Herstellerbetriebes.
14. Die mengen- und gewichtsmäßigen Angaben müssen genau mit den Angaben in den Dokumenten „Genehmigung“, „Mittellung“ bzw. „Übernahme-Übergabeakt“ übereinstimmen.
Für jedes Abnahmedokument ist eine besondere Rechnung zu erstellen. Werden die Waren, für die ein Abnahmedokument ausgestellt ist, nicht geschlossen abtransportiert, dann ist das Abnahmedokument der ersten Rechnung beizufügen und auf den folgenden Rechnungen zu vermerken, mit welcher Rechnung das Abnahmedokument eingereicht wurde und ferner, mit welchen Rechnungen unter Angabe der jeweiligen Menge, Teilsendungen bereits berechnet wurden.
15. Bei der Rechnungslegung sind folgende Unterscheidungen zu beachten:
a) „Endgültige Rechnungen“
b) „Interims-Rechnungen“
c) „Vorläufige Rechnungen“
d) „Nachtragsrechnungen“.
16. Bei der Ausführung einer geschlossen abzutransportierenden Wareneinheit (wie Fabrikausrüstungen, Schiffe, Großmaschinen u. ä.), deren Produktion länger als 6 Monate dauert, kann dem Herstellerbetrieb auf einen entsprechenden Antrag an das Amt für Reparationen über die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung Vorauszahlung bis zu 75% des Abrechnungspreises gewährt werden.
Voraussetzung dafür ist, daß die Fertigungsdauer und der prozentuale Fertigungsstand auf der einzureichenden „Vorläufigen Rechnung“ bestätigt sind. Diese Bestätigung gibt bei Betrieben, die zentral verwalteten Vereinigungen unterstehen, das entsprechende Fachministerium der DDR, bei landesgesteuerten VEB und sonstigen Betrieben, das entsprechende Fachministerium der Landesregierung, bei Betrieben der sowjetischen staatlichen Aktiengesellschaften die Verwaltung für sowjetisches Eigentum in Deutschland.
Eine Vorauszahlung wird nur dann gewährt, wenn eine Bescheinigung der Bank vorliegt, daß ein verbilligter Kredit für diesen Reparationsauftrag nicht gewährt wurde.
17. Wenn zum Zeitpunkt des Abtransportes von Reparationsgütern keine endgültigen und preisrechtlich zulässigen Abrechnungspreise vorliegen, sind „Interims-Rechnungen“ mit preismäßig bestätigten vorläufigen Preisen auszustellen. Diese Rechnungen werden vom Amt für Reparationen der DDR höchstens bis zu 90% des vorläufigen Abrechnungspreises bezahlt. Die endgültige Abrechnung einer solchen Lieferung erfolgt, wenn die „Endgültige Rechnung“ mit preisrechtlich zulässigen Preisen von dem Herstellerbetrieb vorgelegt wird. Die Entscheidung darüber, in welcher prozentualen Höhe eine „Interims-Rechnung“ bezahlt wird, liegt beim Amt für Reparationen der DDR.

18. Für jede „Interims-Rechnung“ und „Vorläufige Rechnung“ muß zum frühestmöglichen Zeitpunkt unter Angabe des bereits berechneten und bezahlten Betrages eine „Endgültige Rechnung“ erstellt werden.
- Rechnungen der Herstellerbetriebe sowie der Banken und des Spediteurs des Amtes für Reparationen werden grundsätzlich nur bis zum 30. Juni des dem Lieferjahr folgenden Jahres berücksichtigt. Alle später eingehenden Rechnungen können nicht anerkannt werden.
19. Die Herstellerbetriebe sind verpflichtet, ihre Rechnungen, beginnend mit der Nummer 1 vor einem schrägen Strich (1/50) zu numerieren. Die laufende Nummerierung ist für jeden Reparationsauftrag gesondert durchzuführen. Erstreckt sich die Ausführung eines Reparationsauftrages über mehrere Jahre, so erfährt die Nummernfolge keine Unterbrechung, nur die Jahreszahl ist dann zu ändern.
- Wenn für Lieferungen „Interims-Rechnungen“ oder „Vorläufige Rechnungen“ ausgestellt werden (siehe Ziffer 16 und 17), müssen die Rechnungen nach der gleichen Vorschrift numeriert werden. Sie sind jedoch von den „Endgültigen Rechnungen“ in der Form zu unterscheiden, indem vor die laufende Nummer eine „0“ (Null) gesetzt wird. Wenn für derartige Rechnungen später „Endgültige Rechnungen“ ausgestellt werden, so tragen diese die gleiche Nummer unter Fortlassung der „0“.
20. Das Amt für Reparationen der DDR weist die in Ordnung befundenen Rechnungsbeträge innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang an. Die Zahlung erfolgt über die Deutsche Notenbank, bei deutschen Betrieben an die Zentrale der für den Wohnsitz des Herstellerbetriebes zuständigen Deutschen Notenbank bzw. für die Betriebe der sowjetischen staatlichen Aktiengesellschaften an die Zentrale der Garantie- und Kreditbank Berlin. Von diesen Zentralen sind dann die angewiesenen Beträge auf das vom Herstellerbetrieb bezeichnete Konto der entsprechenden Filiale zu überweisen.
- Wenn in den Rechnungen oder ihren Anlagen Fehler oder Ungenauigkeiten festgestellt werden oder andere an die Bezahlung der Rechnung gebundene Bedingungen nicht eingehalten sind, so erfolgt eine Zahlung nur insoweit, wie diese ohne vorherige Erfüllung der Bedingungen, Bereinigung bzw. Klarstellung möglich ist, ohne die erforderliche Sorgfaltspflicht in der Arbeit zu verletzen. Der Restbetrag wird bezahlt, nachdem die fehlenden Bedingungen erfüllt, die Fehler bereinigt und die Ungenauigkeiten beseitigt wurden. Über die festgestellten Unstimmigkeiten setzt das Amt für Reparationen der DDR den Herstellerbetrieb innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang der Rechnung in Kenntnis.

IV. Preisrechtliche Voraussetzungen:

21. Die unerläßliche Voraussetzung für die preisrechtlich zulässige Berechnung der Reparationslieferungen sowie deren Kreditierung ist das Vorliegen von Abrechnungspreisen.
- Zur Schaffung dieser Voraussetzung wird festgelegt, daß von den Herstellerbetrieben für alle Reparationsaufträge innerhalb von 20 Tagen nach Erhalt Preisnachweise nach dem derzeitigen preisrechtlich zulässigen Preisstand (Abrechnungspreis) über die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung einzureichen sind.
- Der Nachweis ist auf dem Formblatt U 14 (Preisnachweis) — bei Waren mit festen Preisen unter gleichzeitiger Übersendung der Fotokopie des Preisbewilligungsbescheides (G-Bescheides) bzw. bei Abrechnungen nach Pr. A. O. 42 durch Angabe der Genehmigungs-Nr. — zu führen.
- Wenn einem Betrieb die Genehmigung zur Anwendung der Pr. A. O. 42 erteilt wurde, ist in der Frist von 20 Tagen der vorläufige derzeitige Preis anzugeben. Die Formblätter U 14 sind in zweifacher Ausfertigung einschl. der Preisunterlagen mit Bestätigung durch die zuständige Preisbehörde der Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung einzusenden. Davon ist eine Ausfertigung zur Weiterleitung an das Amt für Reparationen der DDR bestimmt.
- Bei Hergabe von Preisunterlagen ist bei allen Erzeugnissen die Angabe der Warennummer auf dem Formblatt U 14 erforderlich. Die Angaben im Formblatt U 14 sind zweckentsprechend zu spezifizieren. Weiterhin müssen aus dem Preisnachweis der gesamte Auftrags- sowie derzeitige Preis (Abrechnungspreis) zu ersuchen sein.
- Bei Auftragsänderung, die eine Preisänderung bewirkt, hat der Herstellerbetrieb in derselben Frist einen entsprechend berichtigten und von der zuständigen Behörde bestätigten Preisnachweis auf Formblatt U 14 beizubringen.

V. Verantwortlichkeit für Reparationslieferungen:

22. Erfolgt eine Beanstandung der gelieferten Ware durch den Empfänger, so wird dem Herstellerbetrieb von dem Amt für Reparationen der DDR eine Reklamation, sofern dieselbe mit einer Rückforderung verbunden ist — auch eine Zahlungsaufforderung — zugestellt.
23. Einsprüche gegen die Reklamation sind in 3-facher deutscher und zweifacher russischer Ausfertigung unter Beifügung der Übersetzung des Expertise-Aktes (Gutachter-Protokoll) über die zuständige Landesregierung an das Amt für Reparationen der DDR innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen nach Eingang zu erheben. Ein Exemplar in deutscher Ausfertigung ist zum Verbleib bei der weiterleitenden Dienststelle bestimmt. Einsprüche haben aber weder auf die fristgemäße Rückzahlung noch auf die termingemäße Durchführung der Ersatz- bzw. Nachlieferung aufschlebende Wirkung.

24. Der durch die Reklamation bzw. Zahlungsaufforderung festgesetzte Rückforderungsbetrag ist innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Eingang zu zahlen. Die Zahlung hat bei zentralverwalteten volkseigenen Betrieben durch Überweisung auf das hierfür bestimmte Konto der Regierungshauptkasse der DDR, bei allen übrigen Betrieben auf das hierfür bestimmte Konto der Landeshauptkasse der zuständigen Landesregierung zu erfolgen.
25. Die Hauptabteilungen für Reparationen bei den Landesregierungen sind für die Durchführung der Reklamation verantwortlich. Die zurückgezählten Beträge sind von ihnen unverzüglich dem Amt für Reparationen der DDR zu melden.
26. Rückforderungsbeträge, die nicht innerhalb der festgesetzten Frist zurückgezahlt sind, werden im Verwaltungszwangs- bzw. Anweisungsverfahren belagert oder auf dem Wege der Verrechnung eingezogen. Für die Beitreibung nach dem Verwaltungszwangsverfahren ist das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk der zahlungspflichtige Betrieb seinen Sitz hat.
Auf die Beitreibung nach dem Verwaltungszwangsverfahren finden die Vorschriften der §§ 326 bis 381 der Abgabenordnung, soweit in der Verordnung vom 9. Februar 1950 zur Durchführung der Reparationslieferungen und dieser Durchführungsbestimmungen nichts Gegenteiliges enthalten ist, entsprechende Anwendung. Als vollstreckbarer Titel gilt die Zweitschrift der an den zahlungspflichtigen Betrieb ergangenen Zahlungsaufforderung.
27. Das Ersuchen zur Anwendung des Verwaltungszwangsverfahrens ist nach Ablauf der festgesetzten Frist von der Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung an Hand der ihr zugestellten Zweitschrift der Zahlungsaufforderung bei der zuständigen Landesfinanzdirektion zu stellen.
Darüber hinaus kann der schuldige Betrieb nach § 9 der Wirtschaftsstrafverordnung vom 23. September 1948 bestraft werden.
28. Sofern die Reklamation durch einen Schadensfall verursacht ist, der durch den zwischen dem Amt für Reparationen der DDR und den Versicherungsanstalten abgeschlossenen General-Versicherungs-Vertrag über die Transportversicherung versichert ist, hat der Herstellerbetrieb zwecks Erstattung eine entsprechende Meldung in zweifacher Ausfertigung unter Beifügung der Übersetzung des Expertiseaktes (Gutachten-Protokoll) über die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung an die Versicherungsanstalt zu geben.
29. Ist ein Herstellerbetrieb mit einer Lieferung in Verzug geraten und mit einer Konventionalstrafe belegt worden, so erfolgt bei nicht fristgemäßer Zahlung die Beitreibung derselben ohne vorherige Mahnung analog der Beitreibung von Rückforderungen bei sinngemäßer Anwendung der Ziffern 24 bis 27.
30. Nach den „Allgemeinen Lieferbedingungen...“ sind Nach- bzw. Ersatzlieferungen auf Grund von Reklamationen wie Reparationsaufträge zu behandeln. Somit können auch für Terminüberschreitungen bei Nach- bzw. Ersatzlieferungen Konventionalstrafen ausgesprochen werden.

VI. Transportversicherung:

31. Zwischen dem Amt für Reparationen der DDR und der Versicherungsanstalten der Länder wurden Generalversicherungsverträge über Transportversicherung von Reparationslieferungen abgeschlossen. Die Anmeldung der Lieferungen erfolgt durch die Hauptabteilung für Reparationen der zuständigen Landesregierung.
32. Der Herstellerbetrieb ist bei Eintreten eines Schadensfalles zu folgendem verpflichtet:
 1. Unverzügliches Anzeigen eines Schadensfalles gemäß Ziffer 28 dieser Bestimmungen nach Kenntniserlangung.
 2. Nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen.
 3. Unterstützung der Versicherungsanstalt bei der Ermittlung über Ursache und Höhe des Schadens zu gewähren und Beibringung der zur Aufklärung des Schadensfalles notwendigen Unterlagen.
 4. Einen ihm gegen einen Dritten zustehenden Anspruch auf Schadensersatz oder ein zur Sicherung des Schadensfalles dienendes Recht nicht aufzugeben.
 Die Anmeldung eines Schadensfalles bei der Versicherungsanstalt entbindet den Herstellerbetrieb jedoch nicht von seinen Verpflichtungen gemäß den Ziffern 22 bis 27 und 30 dieser Bestimmungen.

VII. Annullierungskosten:

33. Die finanzielle Regelung der auf Grund des § 2 Abschnitt 5 Absatz 3 der seit dem 18. Juni 1950 gültigen „Allgemeinen Lieferbedingungen...“ gestellten Forderungen bei Annullierung von Reparationsaufträgen erfolgt durch das Amt für Reparationen der DDR.
Inwieweit Ansprüche der Herstellerbetriebe zu befriedigen sind, obliegt der Entscheidung des Amtes für Reparationen.

VIII. Schlußbestimmungen:

34. Die vorstehende Durchführungsbestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Mit demselben Zeitpunkt werden alle Bestimmungen, die dieser Durchführungsbestimmung entgegenstehen, aufgehoben.

Berlin, 5. Oktober 1950

Amt für Reparationen
Weinberger
Leiter